

## Stellungnahme zur Dienstrecht-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

September 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind einige jener LehrerInnen, die von den von Ihnen entworfenen Änderungen in voller Länge betroffen sein werden. Zurzeit absolvieren wir das Unterrichtspraktikum und setzen uns deshalb intensiv mit Schule, Fach, dem Unterricht an sich, administrativen Tätigkeiten und mit den Schülern auseinander. Diese Aufgabe benötigt besonders beim Berufseinstieg viel Zeit, da die heutige Lehrergeneration einen hohen Anspruch an ihre Unterrichtsqualität hat. Durch die geforderte Kompetenzorientierung des Unterrichts, die neue Reifeprüfung und um eine optimale Vorbereitung auf die Berufswelt garantieren zu können, sind neue Methoden erforderlich, die eine längere Vor- und Nachbereitung erfordern. Deshalb können wir uns nicht vorstellen, dass durch die neu entwickelte Induktionsphase eine Qualitätssteigerung des Unterrichts möglich ist.

Ein weiterer Punkt des Lehrerdienstrechts, welcher für uns Junglehrer nicht nachvollziehbar ist, betrifft die neuen Anstellungserfordernisse. Die Tatsache, dass man mit einem Bachelorstudium bereits in der Schule unterrichten darf, entspricht nicht den hohen Anforderungen dieses Berufes. Die zusätzliche Möglichkeit einen Lehrer in jedem Fach einsetzen zu können, wertet das Hochschulstudium ab und hat ebenso eine Qualitätsminderung des Unterrichts zur Folge. Wollen Sie wirklich, dass die zukünftigen Generationen von fachlich unzureichend ausgebildeten Lehrpersonen unterrichtet werden?

All dies hat zur Folge, dass gerade jene Lehrpersonen, die einen hohen Anspruch an sich und ihren Unterricht stellen, die motiviert und innovativ sind vermutlich auf kurz oder lang einer anderen Tätigkeit nachgehen werden, da eine Verwirklichung in der Schule nicht möglich sein wird.

Festhalten wollen wir jedoch, dass eine Schulreform dringend notwendig ist. Diese sollte den Schüler/die Schülerin und den Arbeitsplatz Schule in den Vordergrund stellen um eine Qualitätssteigerung des Unterrichts zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, muss die Politik Geld in die Hand nehmen und kein Sparprogramm auf Lasten der zukünftigen Generationen und deren Chancen für ihr späteres Leben durchsetzen.

Mit der dringenden Bitte das Dienstrecht nochmals zu überdenken grüßt sie hochachtungsvoll

eine Gruppe von Junglehrern aus Innsbruck

(BRG Adolf-Pichler-Platz, BG/BRG Sillgasse, BG/BRG/SRG Reithmannstraße)

Wir bitten um Veröffentlichung unserer Stellungnahme auf der Homepage des Parlaments.